

### 1.3 Die Schweiz im globalen Kontext

---

Thomas Bernauer (ETH Zürich) und Stefanie Walter (Universität Heidelberg)<sup>1</sup>

**Erscheint 2013 in  
„Handbuch der Schweizer Politik“**

	<i>Inhaltsverzeichnis</i>	
1	Einleitung	54
2	Die Schweiz im Vergleich mit anderen Ländern	54
3	Die Schweiz im Spannungsfeld zwischen Globalisierung und Abgrenzung	61
4	Aussenpolitische Anpassungsprozesse	66
5	Ausblick	71

---

<sup>1</sup> Wir danken Jakob Simonsen für hervorragende Unterstützung bei der Überarbeitung dieses Kapitels.

## 1 Einleitung

Weltwirtschaftliche Integration und weltpolitische Abstinenz – dieser Spagat hat seit der Gründung des Bundesstaates (1848) das Verhältnis der Schweiz zu ihrem internationalen Umfeld geprägt. Die geopolitischen Umbrüche seit Mitte der 1980er Jahre und die zunehmende Verflechtung der Weltwirtschaft, oft als Globalisierung bezeichnet, stellen dieses traditionelle Muster der Schweizer Aussenbeziehungen jedoch in Frage. Mit dem UNO-Beitritt (2002) und dem Abschluss zweier grosser Pakete von bilateralen Verträgen mit der EU (2000 und 2005) hat die Schweiz markante Schritte in Richtung eines stärkeren politischen Engagements auf dem internationalen Parkett unternommen. In der Frage eines EU-Beitritts bleiben Wählerschaft, Parlament und Regierung mehrheitlich ablehnend.

Dieses Kapitel beleuchtet die Position der Schweiz im globalen wirtschaftlichen und politischen Kontext. Zu einer Einschätzung dieser Position gehört zunächst eine Einordnung der Schweiz in das internationale Umfeld. Zu diesem Zweck vergleichen wir die Schweiz mit ihren Nachbarländern sowie mit zusätzlichen Staaten. Danach legen wir dar, dass die Schweiz zu den «globalisiertesten», d.h. gegenüber der Aussenwelt offensten Ländern gehört. Drittens zeigen wir, dass das politische System der Schweiz langsam, aber deutlich erfassbar, auf die weltpolitischen und weltwirtschaftlichen Veränderungen jüngeren Datums reagiert hat. Nach wie vor bleibt jedoch die Wählerschaft in zwei aussenpolitische Lager gespalten. Diese bewerten die Rückwirkungen einer verstärkten Integration der Schweiz in ihr globales Umfeld sehr unterschiedlich, insbesondere in Bezug auf Souveränität, Neutralität, Föderalismus und direkte Demokratie. Diese Spaltung erzeugt öffentliche Kontroversen, die zumindest teilweise an den realen Problemen vorbeizielen.

## 2 Die Schweiz im Vergleich mit anderen Ländern

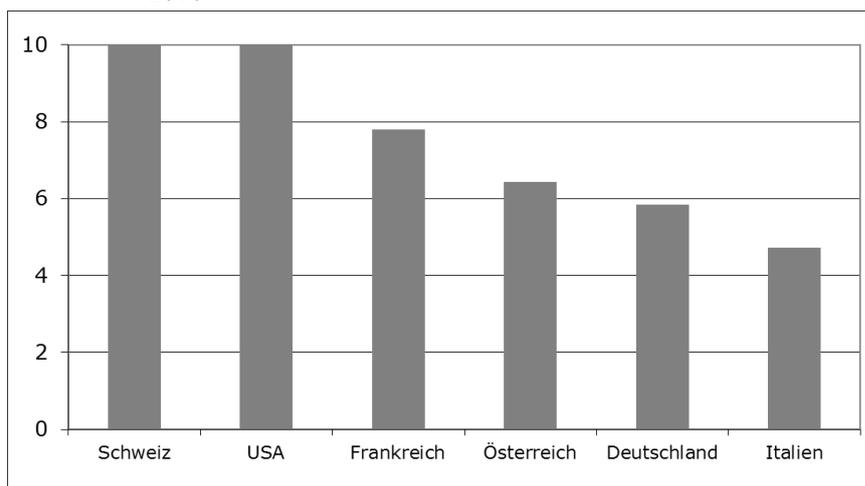
Die Schweiz ist ein Binnenstaat im Herzen Europas. Sie grenzt an Österreich, Frankreich, Italien, Deutschland und Liechtenstein und gehört mit einer Fläche von rund 41'000 km<sup>2</sup> und fast 8 Mio. Einwohnern zu den kleineren europäischen Staaten. Dennoch ist sie nicht nur aufgrund ihrer wirtschaftlichen Stärke (2011 lag sie, gemessen am kaufkraft-bereinigten BIP, weltweit an 33.Stelle, Weltbank 2012a), sondern auch als wichtige Transitachse über und durch die Alpen für Europa von Bedeutung. Um die Position der Schweiz im globalen Kontext darzustellen, unternehmen wir einen

internationalen Vergleich in fünf Bereichen: politische und wirtschaftliche Freiheiten, wirtschaftliche Leistung, Umweltschutz, Verteidigung und Entwicklungszusammenarbeit.

### *Politische und wirtschaftliche Freiheiten*

Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges war die Schweiz eines der ganz wenigen europäischen Länder, die seit über 100 Jahren ununterbrochen über einen liberal-demokratischen Verfassungsstaat verfügten. Spätestens seit dem Umbruch in Mittel- und Osteuropa Ende der 1980er Jahre ist die Schweiz, was die politischen Freiheiten betrifft, zum Normalfall geworden. Dies lässt sich mit gängigen international vergleichenden Demokratiemassen (z.B. Freedom House Index, Polity IV Index) ohne weiteres feststellen, bei denen die Schweiz wie die meisten Industriestaaten die höchsten erreichbaren Werte erzielt. Die lange demokratische Tradition der Schweiz zeigt sich darin, dass sie beim durchschnittlichen Demokratiegrad im Zeitraum 1900-2010 zusammen mit den USA einen Spitzenplatz im internationalen System belegt (Abbildung 1).

*Abbildung 1: Durchschnittlicher Demokratie-Grad (Polity IV-Score) 1900-2010*



Quelle: Polity-IV Index, Center of Systemic Peace 2012. Dieser Index variiert von -10 (vollständige Diktatur) bis +10 (vollständige Demokratie).

Auch in Bezug auf wirtschaftliche Freiheiten schneidet die Schweiz gut ab. Beim Index of Economic Freedom, welcher das Ausmass staatlicher Interventionen in das Wirtschaftsgeschehen misst, lag die Schweiz im Jahr 2012

auf Platz 5 von 179 bewerteten Ländern (Miller et al. 2012; Tabelle 1).

*Tabelle 1: Wirtschaftliche Freiheiten nach dem Index of Economic Freedom 2012*

	Schweiz	Österreich	Frankreich	Deutschland	Italien	Grossbritannien	USA
Gesamtwert	<b>81,1</b>	70,3	63,2	71	58,8	75,1	76,3
Eigentumsrechte	<b>90</b>	90	80	90	50	90	85
Freiheit vor Korruption	<b>87</b>	79	68	79	39	76	71
Steuerbelastung	<b>67,9</b>	50,5	53,8	61,3	55	56,4	69,8
Staatsausgaben	<b>65,8</b>	15,4	5,3	32,2	19,4	21,5	46,7
Regulierung Unternehmen	<b>77,9</b>	70,3	83,7	90,5	77,4	94,7	91,1
Regulierung Arbeitsmarkt	<b>87,9</b>	78,1	51,6	41,4	43	71,5	95,8
Preisstabilität	<b>84,4</b>	82,2	82,3	83,5	82	73,9	72,2
Handel	<b>90</b>	87,2	82,1	87,1	87,1	87,1	86,4
Investitionen	<b>80</b>	80	55	85	75	90	70
Bankbereich	<b>80</b>	70	70	60	60	80	70

Quelle: Miller et al. 2012. Dieser Index rangiert 179 Länder und variiert von 0 bis 100, wobei 100 maximale wirtschaftliche Freiheit anzeigt.

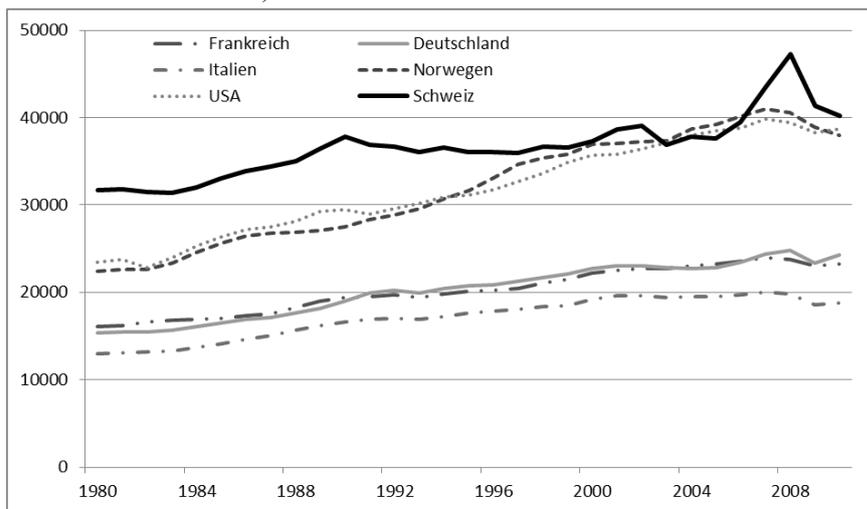
Ein Index der Weltbank, der «ease of doing business» misst, platziert die Schweiz im Jahr 2012 auf Rang 28 von 185 Ländern (Weltbank 2012b). Sie liegt damit hinter den USA (Platz 4) und Deutschland (20), aber vor Österreich (29), Frankreich (34) und Italien (73). Somit ist die Schweiz ein Land, das seinen Bürgern neben umfassenden politischen Freiheiten auch ein hohes Mass an wirtschaftlicher Freiheit gewährt.

### *Wirtschaftliche Leistung*

Mit einem Pro-Kopf-Einkommen von fast 70'000 CHF pro Jahr (Weltbank 2012a) ist die Schweiz eines der reichsten Länder der Welt. Obwohl die Schweiz vor allem in den 1990ern und den ersten Jahren des neuen Jahrtausends durch das stagnierende Wachstum ihrer Wirtschaft, vor allem in den binnenorientierten Sektoren, etwas an Vorsprung eingebüsst hat, lag das schweizerische Pro-Kopf-Einkommen 2010 rund ein Drittel über dem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen der EU-12-Mitgliedstaaten und etwa zwei Drittel über dem der gesamten EU (Weltbank 2012a, siehe auch

Abbildung 2). Zwischen 2000 und 2011 lag die durchschnittliche Wachstumsrate mit knapp 1,9% leicht über dem OECD-Durchschnitt (Weltbank 2012a). Gleichzeitig blieb die Arbeitslosenquote relativ konstant. Mit durchschnittlich 3,1% lag sie zwar etwas unter dem Durchschnitt der 1990er aber deutlich höher als noch Ende der 1980er Jahre (Bundesamt für Statistik 2011). Immerhin ist dieser Wert jedoch weiterhin sehr viel niedriger als die Arbeitslosenquote in den Nachbarstaaten Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich, welche 2011 bei durchschnittlich 7% lag (Eurostat 2012).

Abbildung 2: Pro-Kopf-Einkommen, 1971-2010 (in US\$, Wechselkurs Jahr 2000)



Quelle: Weltbank 2012a.

Grundlage für den Wohlstand der Schweiz sind die im internationalen Vergleich hohe wirtschaftliche und politische Stabilität sowie die hohe Wettbewerbsfähigkeit. Die Inflation war in den vergangenen 10 Jahren (2001-2011) mit durchschnittlich 0,76% sehr tief (Bundesamt für Statistik 2011). 2012 belegte die Schweiz im World Competitiveness Ranking des IMD (International Institute for Management Development), welches 329 unterschiedliche Kriterien aus den Bereichen makroökonomisches Umfeld, politische Effizienz, Effizienz des Wirtschaftssystems und Qualität der Infrastruktur berücksichtigt, den dritten Platz (IMD 2012). Dies ist umso erstaunlicher, als der Schweizer Franken seit dem Ausbruch der globalen Finanzkrise 2007 und verstärkt durch die anhaltende Eurokrise als „sichere Währung“ gegenüber Euro und US\$ stark aufgewertet hat, was insbesondere

für die Exportwirtschaft zu Problemen führt und sich negativ auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ausgewirkt hat.<sup>2</sup>

Auch wenn wir die sozio-ökonomische Entwicklung etwas breiter messen, schneidet die Schweiz immer noch sehr gut ab. Beim Human Development Index, der neben der Wirtschaftsleistung auch die Lebenserwartung und Bildungsqualität erfasst, belegte die Schweiz 2011 den elften Rang von 187 Staaten (UNDP 2011). Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn wir die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz in der Wissenschaft erfassen. Gemessen an den Ausgaben für Forschung und Entwicklung anteilig am BIP belegt die Schweiz den 7. Rang unter den OECD-Ländern. In der Schweiz gibt es die meisten Patente pro Einwohner und auch bei der Anzahl jährlicher Fachpublikationen liegt sie gemessen an der Einwohnerzahl zusammen mit Finnland an der Spitze (Staatssekretariat für Bildung und Forschung SBF 2012).

### *Umweltschutz*

Der Umweltschutz und, damit verbunden, die nachhaltige Entwicklung geniessen in der Schweiz eine im internationalen Vergleich hohe Bedeutung. 79% der Schweizerinnen und Schweizer gaben im Jahr 2007 in einer Umfrage an, dass sie Umweltbelastung und -verschmutzung als eher oder sehr wichtiges Problem einschätzen (Diekmann und Meyer 2007). In einer weiteren Befragung (Schaub 2012) befürworteten 2011 über zwei Drittel der Befragten eine Umverteilung öffentlicher Mittel zugunsten des Umweltschutzes. Auch umweltbewusstes Verhalten ist bei den Schweizer Bürgern, zumindest in der Selbsteinschätzung der Befragten, weit verbreitet. Die Skepsis gegenüber der Kernenergie hat insbesondere in den letzten Jahren zugenommen. 2011 sahen 70% der Befragten darin ein nicht tragbares Risiko. Wichtige Themen in der Schweizer Umweltpolitik sind vor allem Klimaschutz, Luftreinhaltung, Gewässerschutz, Biodiversität sowie Wald und Landschaftsschutz, für die sich die Schweiz auch auf internationaler Ebene einsetzt. Die Schweiz hat dementsprechend auch zahlreiche internationale Umweltabkommen unterzeichnet. 95% der Schweizer befürworteten in einer Umfrage im Jahr 2003 diese internationale Kooperation im Umweltbereich (ISSP 2003).

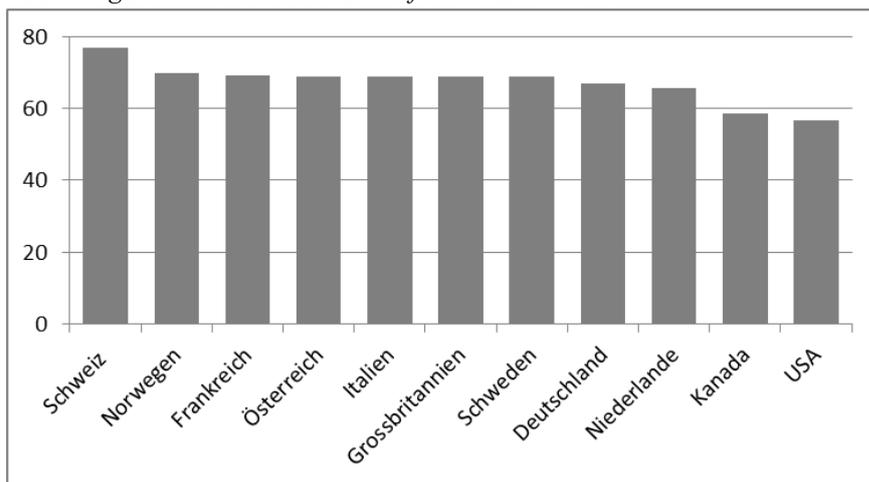
Das Ranking des an der Yale University erstellten Environmental Perfor-

---

<sup>2</sup> Die Schweizerische Nationalbank hat aus diesem Grund im Herbst 2011 eine Untergrenze für den Wechselkurs des Franken mit dem Euro festgelegt, die durch teilweise massive Interventionen auf dem Devisenmarkt durchgesetzt wird.

mance Index (EPI) zeigt, dass diese Einstellungen und Präferenzen der Schweizer Bürger auch eine reale, ökologische bzw. sozio-ökonomische Grundlage haben (Emerson et al. 2012). Im Jahr 2012 belegte die Schweiz weltweit den ersten Platz im EPI Ranking, welches unter anderem die Performanz verschiedener Länder in Umweltgesundheit, Luftverschmutzung und dem Erhalt von Biodiversität und Lebensräumen bewertet (Abbildung 3).

Abbildung 3: *Environmental Performance Index 2012*



Quelle: Emerson et al. 2012.

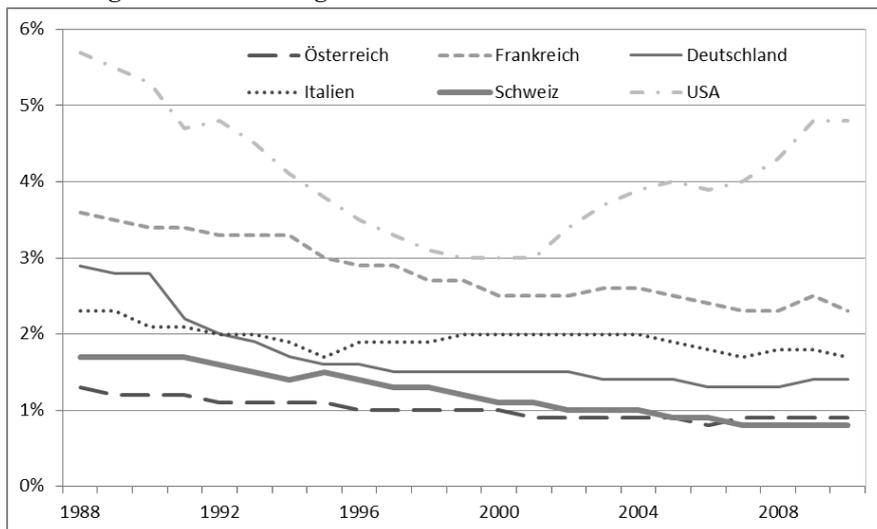
### *Verteidigung*

Eine gängige These in der politikwissenschaftlichen Literatur zu den Determinanten von Verteidigungsausgaben ist, dass kleinere Länder, besonders wenn sie Militärbündnissen angehören, sich als Trittbrettfahrer verhalten, d.h. ihre Verteidigungskosten teilweise auf grössere Allianzpartner überwälzen (z.B. Hartley und Sandler 1995). Inwiefern dieser Effekt bei den Schweizer Verteidigungsausgaben mitspielt, ist nur in Ansätzen geklärt. Einerseits kann sich die Schweiz aufgrund ihrer Neutralität nicht explizit auf grössere Bündnispartner verlassen. Andererseits wird von den meisten Beobachtern der Schweizer Sicherheitspolitik ein gewisses Profitieren vom «Schutzschild» der NATO vermutet (Spillmann et al. 2001). Im internationalen Vergleich fallen die Schweizer Militärausgaben denn auch eher gering aus (Abbildung 4). 2010 betrug sie relativ zum Bruttonominalprodukt (BNP) nur ein Sechstel der US-amerikanischen Militärausgaben und liegen seit 2007 leicht unter denjenigen Österreichs (eines vergleichbaren neutralen Kleinstaates im

Zentrum Europas). Eine Studie von Bernauer et al (2009) kommt allerdings zu dem Schluss, dass die Verteidigungsausgaben anderer Staaten keinen statistisch signifikanten Effekt auf die Schweizer Verteidigungsausgaben haben.

Im internationalen Vergleich wohl einmalig ist die Tatsache, dass die Existenz der Schweizer Armee als solches 1989 Gegenstand einer Abstimmung wurde, wobei eine beträchtliche Minderheit von 36% für die Abschaffung votierte und damit einen Reformprozess auslöste, der letztlich zu einer erheblichen Verkleinerung der Armee und einer Senkung der Verteidigungsausgaben führte.

Abbildung 4: Militärausgaben in Prozent des BIP, 1988-2010



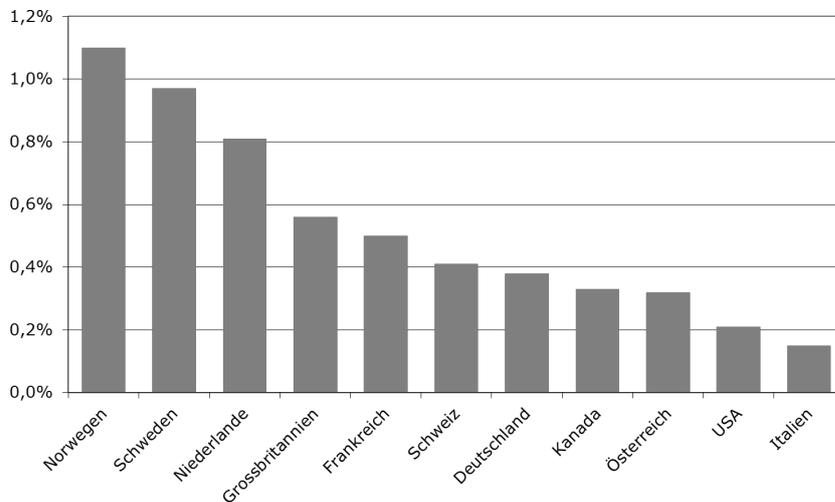
Quelle: SIPRI 2011.

#### Entwicklungszusammenarbeit (EZA)

Um dem immer wieder geäusserten Vorwurf zu entgegnen, ein reicher, neutraler «Rosinenpicker» zu sein, hat die Schweizer Aussenpolitik seit dem Zweiten Weltkrieg und verstärkt seit den 1970er Jahren die Solidarität mit ärmeren Ländern betont. Gemessen an der Finanzierung der EZA (dieses Mass erfasst natürlich nur die Quantität, nicht die Qualität der EZA) bewegt sich die Schweiz jedoch im Mittelfeld der OECD-Staaten (Abbildung 5). Im Jahr 2010 gab sie 2,4 Mrd. CHF und damit rund 0,4% des Bruttoinlandseinkommens für die EZA aus (DEZA 2012, 1990 waren es 0,32%). Dies ist deutlich weniger als der von der UNO angestrebte Zielwert von 0,7%. 2010

flossen 74% der EZA-Gelder von Bund, Kantonen und Gemeinden in die bilaterale EZA. 26% flossen in die multilaterale EZA.

Abbildung 5: Ausgaben für EZA in Prozent des BNE (2010)



Quelle: OECD 2011.

### 3 Die Schweiz im Spannungsfeld zwischen Globalisierung und Abgrenzung

In der Fachliteratur zur Aussenpolitik der Schweiz wird seit langem immer wieder das Bild einer aussenwirtschaftlich stark verflochtenen, aussenpolitisch jedoch nur sehr schwach engagierten Schweiz gezeichnet (z.B. Gabriel 1997, Goetschel et al. 2005). Die Nicht-Mitgliedschaften in der UNO (bis 2002), der EU und der NATO sowie die Ablehnung des EWR Beitritts im Dezember 1992 stehen dabei im Zentrum der Argumentation. Diese Beurteilung ist nicht zuletzt mit Blick auf den Schweizer UNO-Beitritt und den Abschluss von zwei breit angelegten bilateralen Verhandlungspaketen mit der EU zu überdenken. Der UNO-Beitritt wurde am 3. März 2002 mit 54,6% Ja-Stimmen angenommen. Zwölf Kantone stimmten Ja, elf Nein. Im September 2002 stimmte auch die UNO Vollversammlung dem Schweizer Beitrittsgesuch zu. Das erste bilaterale Verhandlungspaket mit der Europäischen Union wurde im Mai 2000 mit 67,2% Ja-Stimmen und das zweite Verhandlungspaket im Juni 2005 mit 54,6% Ja-Stimmen angenommen (wobei hier nur über die Schengen/Dublin Abkommen befunden werden musste).

Wie kam es zu diesem (bisher sehr moderaten) Wandel in der Schweiz-

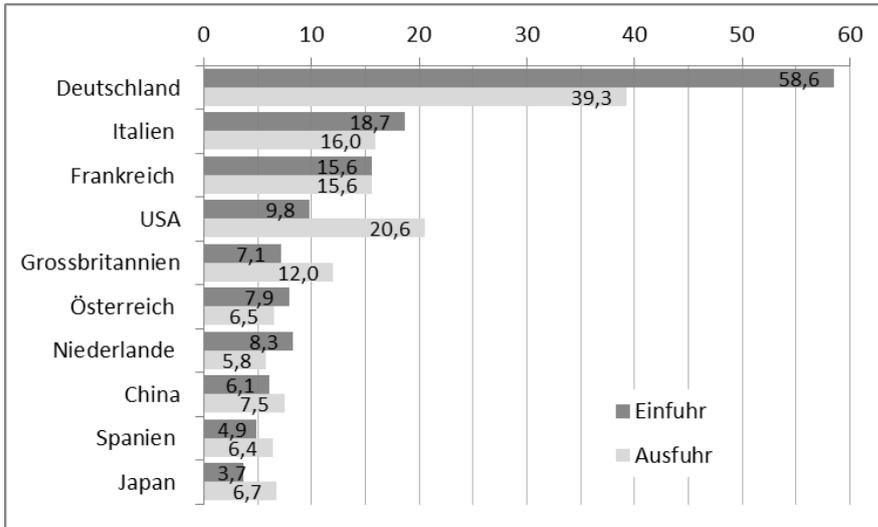
rischen Aussenpolitik? Wo liegen die Grenzen? In diesem Abschnitt zeigen wir auf, dass die Schweiz sozio-ökonomisch sehr eng mit der Aussenwelt verflochten ist und dass diese Verflechtung in jüngerer Zeit zu einer stärkeren politischen Orientierung nach aussen geführt hat. Diese Entwicklung läuft jedoch nicht ohne Widerstände ab. Wir befassen uns daher auch mit den politischen Kräften, die dieser Offenheit entgegen wirken.

#### *Verflechtung der Schweiz mit ihrer Aussenwelt*

Ein substantieller Teil der Schweizer Wirtschaft ist traditionell stark aussenorientiert, beispielsweise der Finanzdienstleistungssektor, die chemische und pharmazeutische Industrie und der Maschinenbau. 2010 wurden Waren und Dienstleistungen im Gesamtwert von rund 200 Mrd. CHF exportiert. Wichtigste Handelspartner der Schweiz sind Deutschland, Italien, Frankreich und die USA (siehe Abbildung 6). Im internationalen Vergleich der Aussenhandelsquoten, einem gebräuchlichen Mass für die wirtschaftliche Offenheit von Ländern (Abbildung 7), liegt die Schweiz zwar hinter Österreich, sonst jedoch vor den anderen Nachbarstaaten. Die hohe Aussenhandelsquote der Schweiz ist im internationalen Vergleich nicht ungewöhnlich. Es lässt sich allgemein feststellen, dass kleinere Länder bei an sich ähnlicher Wirtschaftsstruktur höhere Aussenhandelsquoten aufweisen als grössere Länder (vgl. Bernauer 2000).

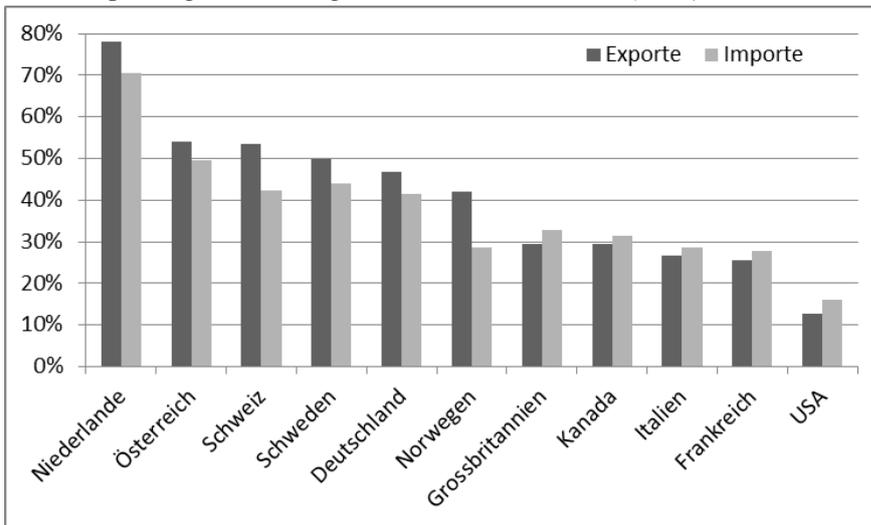
Ebenso bedeutend wie der Aussenhandel mit Waren und Dienstleistungen ist für die Schweiz der internationale Kapitalverkehr. Einerseits ist die Schweiz ein beliebter Investitionsstandort für ausländische Anleger. 2011 verzeichneten die Schweizer Banken im Kreditgeschäft beispielsweise einen Nettokapitalimport von 49 Mrd. CHF (Schweizerische Nationalbank 2012). Andererseits spielen Schweizer Investoren im Ausland eine wichtige Rolle, beispielsweise in Form von ausländischen Tochtergesellschaften Schweizer Firmen. Die Kapitalerträge aus dem Ausland betragen im Jahr 2011 100 Mrd. CHF, knapp ein Sechstel des schweizerischen BIP (Schweizerische Nationalbank 2012).

Abbildung 6: Die wichtigsten Handelspartner der Schweiz (2010)



Quelle: Bundesamt für Statistik 2011. Angaben in Mrd. Franken.

Abbildung 7: Exporte und Importe als Prozent des BIP (2010)



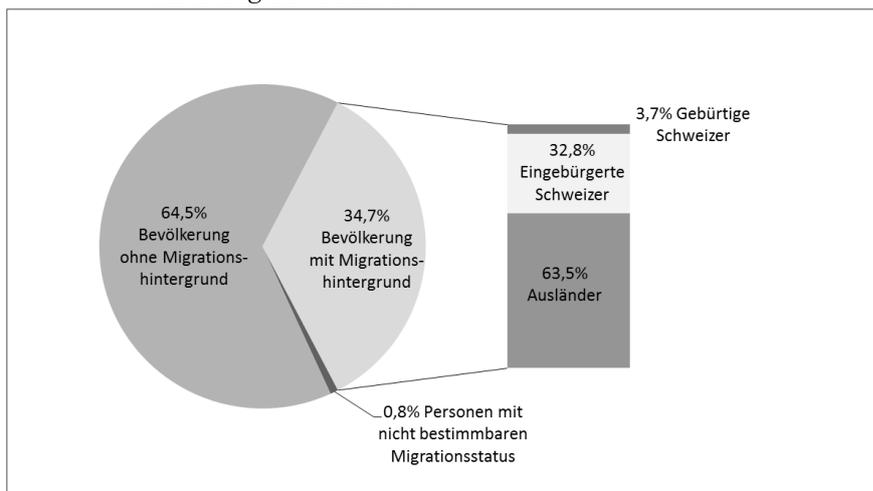
Quelle: Weltbank 2012a.

Insgesamt werden, je nach Zählart, zwischen 40% und 50% des Schweizer Volkseinkommens durch Transaktionen mit dem Ausland erwirtschaftet. Besonders intensiv ist der wirtschaftliche Austausch mit der Europäischen

Union. 2010 gingen 59% aller Schweizer Exporte in den EU-Raum, während etwa 77% der Importe aus Mitgliedsländern der EU stammten (Schweizer Bundesamt für Statistik 2011). 29% der Schweizer Direktinvestitionen gingen 2010 in die EU, 33% kamen aus der EU (Schweizerische Nationalbank 2011).

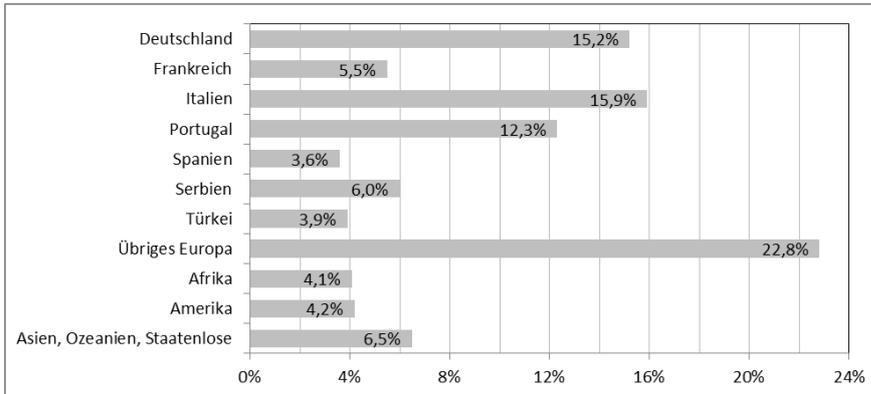
Auch der Arbeitsmarkt der Schweiz ist eng mit dem Ausland verflochten. Wie Abbildung 8 zeigt, besitzt rund ein Drittel der Schweizer Bevölkerung ab 15 Jahren einen Migrationshintergrund. Davon waren 2011 knapp zwei Drittel, und damit 22,8% der Landesbevölkerung von 7,96 Millionen, ausländische Staatsangehörige. Rund 85% davon besaßen die Staatsangehörigkeit eines europäischen Staates, zwei Drittel davon diejenige eines EU oder EFTA Staates (siehe Abbildung 9). Der Anteil der nicht-europäischen ausländischen Wohnbevölkerung hat sich seit 1980 verdoppelt und beträgt heute rund 15%. Insgesamt ist der Ausländeranteil der Schweiz im europäischen Vergleich damit sehr hoch. Dieser betrug 2011 im EU-15 Durchschnitt 9,1%, im EU-25 Durchschnitt 8% und im EU-27 Durchschnitt 7,5%. Die Schweiz wird mit ihrem hohen Ausländeranteil in Europa nur noch von Luxemburg mit rund 50% übertroffen.

Abbildung 8: Bevölkerung nach Migrationsstatus 2012, Ständige Wohnbevölkerung ab 15 Jahren



Quelle: Bundesamt für Statistik 2011.

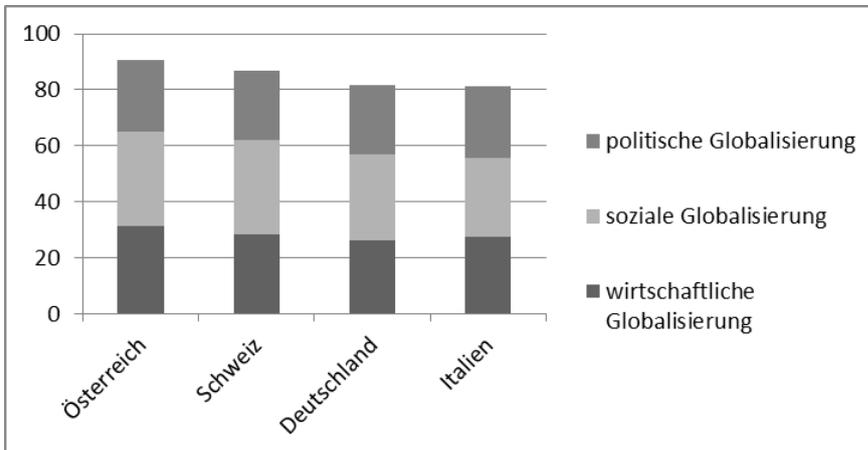
Abbildung 9: Ständige Ausländische Wohnbevölkerung 2011 nach Staatsangehörigkeit



Quelle: Bundesamt für Statistik 2011.

Die Schweiz ist nicht nur wirtschaftlich stark mit dem Ausland vernetzt, sondern weist auch auf anderen Gebieten eine ausserordentlich hohe internationale Orientierung auf. Der KOF-Globalisierungsindex berücksichtigt dies und misst die Verflechtung von Staaten mit dem Ausland in umfassender Weise, wobei er die wirtschaftliche, soziale und politische Dimension von Globalisierung einbezieht (Dreher et al. 2008). Im Ranking von 2012 liegt die Schweiz auf dem zehnten Platz von 187 erfassten Ländern und ist somit eines der «globalisiertesten» Länder der Welt (Abbildung 10).

Abbildung 10: Globalisierungsgrad nach KOF Globalisierungsindex 2012



Quelle: KOF 2012, <http://globalization.kof.ethz.ch>

#### 4 Aussenpolitische Anpassungsprozesse

Aus Regierungsdokumenten zu den konzeptionellen Grundlagen der Schweizer Aussenpolitik sowie anhand realer Entscheidungen lässt sich ablesen, dass die Schweiz in Antwort auf geopolitische Veränderungen und die zunehmende weltwirtschaftliche Verflechtung (Globalisierung) substantielle aussenpolitische Anpassungsprozesse durchlaufen hat. Der globale politische Umbruch liess bereits ab Mitte der 1980er Jahre das Spannungsfeld zwischen neuen aussenpolitischen Erfordernissen und innenpolitischen Legitimationsproblemen deutlicher zutage treten. Die zwei ersten, gross angelegten Versuche einer verstärkten aussenpolitischen Öffnung endeten in einem wahren Debakel für die öfFnungswillige Regierung. 1986 wurde in einer Volksabstimmung ein UNO-Beitritt abgelehnt, obwohl die Schweiz bereits seit langem Mitglied zahlreicher Teilorganisationen der UNO war; 1992 erlitt die Vorlage über den Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) das gleiche Schicksal. Andere neutrale Staaten Europas – Irland, Österreich, Schweden und Finnland – waren der UNO bereits lange zuvor und der EU 1973 (Irland) bzw. 1995 beigetreten.

Seither ist vieles in Bewegung geraten. 2002 trat die Schweiz der UNO bei. 2000-2005 führte der nach dem EWR-Nein eingeschlagene bilaterale Weg mit der EU zu zwei umfangreichen Vertragspaketen, die weit über die im Rahmen der EFTA vereinbarte Handelsliberalisierung hinausgehen. Wir befassen uns im Folgenden mit den wichtigsten konzeptionellen Veränderungen in der Schweizer Aussenpolitik, den sich verändernden Entscheidungsprozessen, sowie aktuellen Herausforderungen für die schweizerische Aussenpolitik. Abschliessend betrachten wir die der aussenpolitischen Öffnung weiterhin entgegenstehenden Kräfte.

##### *Schweizer Aussenpolitik im Wandel*

Das Konzept der Neutralität, das die Schweizer Aussenpolitik in der Vergangenheit entscheidend prägte, hatte ursprünglich einen rein instrumentellen Charakter. Nachdem Ende des 18. Jahrhunderts die Schweiz nicht zuletzt aufgrund ihrer inneren Fragmentierung dem napoleonischen Heer nach nur geringfügigem Abwehrkampf in die Hände gefallen und 1847 ein Bürgerkrieg zwischen konservativen Landkantonen und liberalen städtischen Kantonen ausgebrochen war, wurde bei der Gründung der modernen Schweiz (1848) die aussenpolitische Abstinenz zu einem wichtigen Mittel der Konfliktvermeidung im Inneren wie im Äusseren gemacht. Im Ersten und Zweiten Weltkrieg sowie im Kalten Krieg wurde die Neutralität in Kombination mit einer starken Armee zur Aussenpolitik schlechthin (Spillmann et al.

2001, Widmer 2003).

In der Tat hat sich die Schweiz seit Anfang des 19. Jahrhunderts aus allen Kriegen herauszuhalten vermocht. Das Prinzip der Neutralität rückte, nicht zuletzt aufgrund dieser Erfolgsbilanz, über die Zeit hinweg so stark ins Zentrum der Aussenpolitik, dass die Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg beim Beitritt selbst zu denjenigen internationalen Institutionen zögerte, die sehr stark dem eigenen gesellschaftlichen Wertesystem verpflichtet oder für die Aussenwirtschaft zentral sind. So trat die Schweiz zum Beispiel dem Europarat erst 14 Jahre nach dessen Gründung, dem GATT (heute WTO) nach 19 Jahren und den Bretton-Woods Institutionen nach 47 Jahren bei. Die internationale Abstinenz in der Sicherheitspolitik drückt sich auch noch über 20 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges dadurch aus, dass im Jahre 2012 lediglich rund 300 der rund 180'000 Schweizer Armeeingehörigen in internationalen Einsätzen (Peacekeeping, Waffenstillstandsbeobachtung) tätig sind.

1993 konstatierte der Bundesrat erstmals in einem Grundsatzbericht zur Schweizer Aussenpolitik, dass die bedeutende wirtschaftliche Stellung der Schweiz in einem gewissen Widerspruch zu ihrer Abwesenheit in politischen Entscheidungszentren wie EU oder UNO stehe. Er stellte auch fest, dass zumindest längerfristig die eigenen Interessen wohl besser durch eine Mitwirkung innerhalb dieser Entscheidungszentren durchgesetzt werden könnten als mittels des in vielen Bereichen praktizierten «autonomen Nachvollzugs», der Anpassung der schweizerischen Gesetzgebung an die Gesetzgebung der EU. Der aussenpolitische Bericht vom November 2000 gab eine noch deutlicher definierte Öffnung vor. Er aktualisierte die Problemdiagnosen von 1993, signalisierte eine stärker wertbetonte aber auch gleichzeitig interessenorientierte Aussenpolitik, die deutlich über die reine Aussenwirtschafts- und Sicherheitspolitik hinausgeht und betonte die multilaterale Zusammenarbeit. Die Neutralität als Mittel der Aussenpolitik wurde zwar an einigen Stellen genannt, stand aber im Gegensatz zu früheren Grundsatzberichten nicht mehr im Zentrum der Aussenpolitik.

Eine im Mai 2005 vorgenommene Revision des 2000er Berichtes brachte keine wesentlichen Änderungen, aktualisierte aber die schweizerische Position angesichts der aktuellen Veränderungen des internationalen Umfelds, so der Terrorismusbekämpfung, der gefestigten Hegemonialstellung der USA, dem Aufkommen neuer Mächte wie China und Indien, dem UNO-Beitritt der Schweiz, den Millenniumszielen der UNO, der EU-Erweiterung und den Bilateralen Verträgen II. Oberstes Ziel bleibt gemäss der neuen Bundesverfassung vom 1. Januar 2000 die «Wahrung der Unabhängigkeit und Wohlfahrt der Schweiz». Die fünf daraus abgeleiteten Ziele sind: Friedliches Zu-

sammenleben der Völker, Achtung der Menschenrechte und Förderung der Demokratie, Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, Wahrung der Interessen der schweizerischen Wirtschaft im Ausland, und Linderung von Not und Armut in der Welt. Insgesamt ist zu beobachten, dass die Schweiz stärker und klarer als bislang versucht, ihre strategischen Prioritäten auch in Bezug auf einzelne Weltregionen und Länder ausserhalb Europas zu definieren und die Mittel zur Erreichung gesetzter Ziele zu identifizieren. Damit verbunden ist eine stärkere Kommunikation dieser konzeptuellen Arbeit gegenüber der Öffentlichkeit.

Die aussenpolitische Strategie 2012-2015 des Bundesrates folgt diesen Zielen weiterhin (EDA 2012). Konkret stehen folgende strategischen Schwerpunkte im Vordergrund:

1. Pflege und Ausbau der Beziehungen zu den Nachbarstaaten, Fokus auf Grenzregionen und schnelle Beilegung von Meinungsverschiedenheiten.

2. Anpassung und Vertiefung der Beziehungen zur Europäischen Union unter langfristiger Wahrung des politischen Handlungsspielraums und der wirtschaftlichen Interessen.

3. Fortsetzung und Anpassung des Engagements zugunsten der Stabilität in Europa, in Grenzregionen zu Europa («entferntere Nachbarschaft») und im Rest der Welt.

4. Stärkung und Diversifizierung der strategischen Partnerschaften; Engagement für bessere globale Gouvernanz; Förderung von Genf als Standort für internationale Organisationen und Veranstaltungen.

Neben den erwähnten Entwicklungen auf «deklaratorischer» Ebene gilt es auch Anpassungen im politischen Entscheidungssystem zu beachten. Im Bericht von 2005 wird dies implizit angetönt, wenn von erhöhtem Bedarf an Koordination gesprochen wird. In der Tat sind aussenpolitische Entscheidungsprozesse in der Schweiz heute bedeutend komplexer als während des Kalten Krieges. Einerseits wurde die direkt-demokratische Komponente der Schweizer Aussenpolitik durch die Ausweitung des Staatsvertragsreferendums in den Artikeln 141 und 141a BV von 2003 weiter gestärkt. Andererseits sind auch subtilere Entwicklungen zu verzeichnen.

Hirschi et al. (1999) und Klöti et al. (2005) kommen in einer Untersuchung zu politischen Entscheidungsprozessen, die 802 Staatsverträge in den 1980er und 1990er Jahren einbezieht, zu folgenden Ergebnissen: Der Umfang der aussenpolitischen Geschäfte hat sich seit den 1980er Jahren fast verdoppelt. Eine thematische Ausweitung ist jedoch nicht feststellbar. Die Nachbarstaaten und Westeuropa bleiben die wichtigsten Partner der Schweiz. Trotz gegenteiligen Beteuerungen scheint kein klarer Trend zur Multilateralität zu bestehen.

sierung feststellbar. Im Vergleich zur Innenpolitik bleiben die Entscheidungsprozesse in der Aussenpolitik stärker geschlossen, auch wenn bei diesen Geschäften oft mehr Verwaltungsstellen des Bundes beteiligt sind als in der Innenpolitik. Bundesrat und Verwaltung bleiben die zentralen Akteure. Das Parlament, die Kantone, Interessengruppen und die Öffentlichkeit werden nur punktuell einbezogen. Die Aussenpolitik bleibt somit zentralistischer und stärker von der Exekutive dominiert als die Innenpolitik. Zu ähnlichen Ergebnissen gelangen Sciarini et al. (2002), Widmer (2008) und Vögeli (2007), die Gesetze untersuchen, die 1995-1999 vom Parlament verabschiedet wurden und den direktdemokratischen Entscheidungsprozessen unterlagen. Dabei zeigte sich, dass mit Ausnahme von Massnahmen des «autonomen Nachvollzugs» Gesetze mit einer stärkeren internationalen Komponente mit weniger vorparlamentarischen Konsultationen und weniger starken Konflikten im Parlament verbunden waren.

### *Grenzen der aussenpolitischen Öffnung*

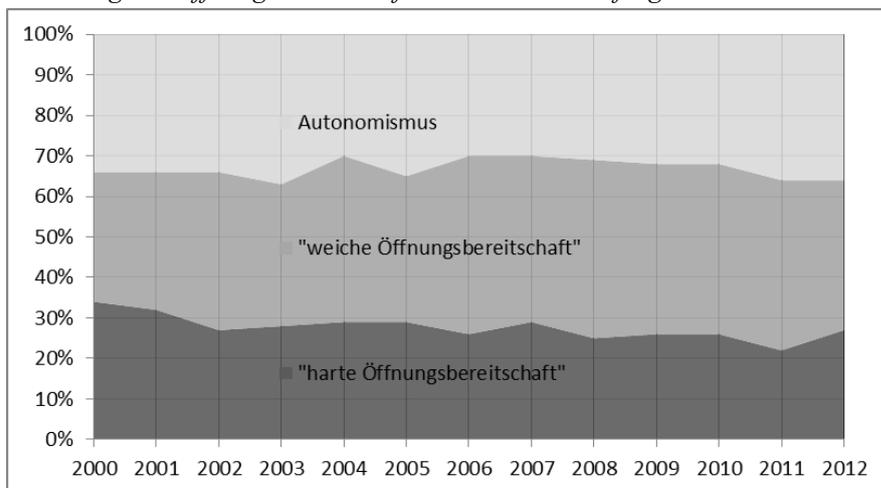
Wichtige konstituierende Elemente des politischen Systems der Schweiz wie die direkte Demokratie, Föderalismus und das Prinzip der Konkordanz machen die öffentliche Meinung zu einem zentralen Einflussfaktor in aussenpolitischen Anpassungsprozessen. Während viele aussenpolitische Geschäfte in der Öffentlichkeit meist wenig sichtbar sind, sind fundamentale Weichenstellungen in der Aussenpolitik vor allem mittels Initiativen und Referenden unmittelbar an den Willen der Wählerschaft rückgebunden. Zusätzlich besteht bei bestimmten Vorlagen, so beim Beitritt der Schweiz zu Organisationen für kollektive Sicherheit oder zu supranationalen Gemeinschaften die Erfordernis des Ständemehrs, welches kleinen, ländlichen (und damit in der Regel aussenpolitisch konservativeren) Kantonen überproportionalen Einfluss gewährt. Diese starke direktdemokratische Komponente bewirkt, dass wichtige aussenpolitische Entscheidungen von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen werden müssen. Sie führt aber auch dazu, dass tiefgreifende Änderungen des Status quo oft politisch nicht durchsetzbar erscheinen.

Das langsame aussenpolitische Anpassungstempo der Schweiz liegt vor allem darin begründet, dass ein bedeutender Teil der Schweizer Bevölkerung der weiteren Öffnung des Landes skeptisch gegenübersteht. Meinungsumfragen zeigen, dass der Anteil der Öffnungsgegner seit ungefähr zehn Jahren bei rund einem Drittel liegt (Abbildung 11). Fast 40% der Befragten befürwortet eine vorsichtige Öffnung, während knapp 30% ein forsches Öffnungstempo anschlagen möchte. Einen Beitritt zur EU lehnen rund 80 % der Befragten ab (Tresch et al. 2012). Angesichts der massiven Ver-

schuldungs- und Wirtschaftskrise im EU-Raum ist der Anteil der Beitritts-Befürworter tendenziell am sinken.

Umfragen zur Neutralität zeigen zudem, dass dieser, weit über ihre ursprünglich als Mittel zum Zweck zgedachte Funktion hinaus, eine identitätsstiftende Wirkung zukommt. Rund 80% (bis 2005 rund 70%) der Befragten geben an, dass die Neutralität untrennbar mit dem Schweizer Staatsgedanken verbunden sei (Tresch et al. 2012). In der Regel stehen Befragte, die den Neutralitätsgedanken stark befürworten, einer weiteren ausenpolitischen Öffnung der Schweiz, beispielsweise durch einen EU-Beitritt, skeptischer gegenüber als Befragte, die sich eine Aufgabe der Neutralität prinzipiell vorstellen könnten.

Abbildung 11: Öffnungsbereitschaft in Prozent der Befragten



Quelle: Tresch et al. 2012.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Schweizerinnen und Schweizer generell kein internationales Engagement ihres Landes befürworten. So waren im Jahr 2012 rund 60% der Schweizer der Meinung, dass die Schweiz mehr Entwicklungshilfe leisten sollte. Die Forderung nach einer aktiveren Rolle in internationalen Konferenzen und der Vermittlung in Konflikten lag bei über 70% und damit wesentlich höher als die Bereitschaft zur internationalen Kooperation in der Verteidigung durch beispielsweise eine Annäherung an die NATO, die etwa ein Drittel befürwortet (Tresch et al. 2012).

## 5 Ausblick

Die Position der Schweiz im globalen Kontext ist von Gegensätzen geprägt. Während sie aus sozio-ökonomischer Sicht zu den «globalisier testen» Ländern der Welt gehört, verläuft der aussenpolitische Anpassungsprozess an die geopolitischen und weltwirtschaftlichen Veränderungen der letzten zwei Jahrzehnte eher stockend. Trotz Beitritt zu den Bretton-Woods-Institutionen und zur UNO sowie dem Abschluss bilateraler Verträge mit der EU schreckt die «politische Schweiz» davor zurück, umfassende Mitwirkungsrechte in der für das Land wichtigsten politischen Institution jenseits des traditionellen Staates, der EU, anzustreben (vgl. Goetschel et al. 2002).

Die grosse Mehrheit der europäischen Staaten lässt sich von der Maxime leiten, dass sich eine sozial- und umweltverträgliche Integration der Märkte, Wirtschaftswachstum und Wohlstand sowie nachhaltige Entwicklung dadurch erzielen lassen, dass das einzelne Land einen Teil seiner Souveränität aufgibt und dafür das Verhalten anderer Länder mitbeeinflussen kann. Zudem gehen diese Länder davon aus, dass dieser Prozess, der in der Fachliteratur mit «pooling of sovereignty» umschrieben wird, in einer umfassenden Institution wie der EU effizienter und wirksamer organisiert werden kann als in einem bilateralisierten Netzwerk von (heute) 27 EU-Staaten und damit 351 Staatenpaaren.

Die Schweiz hingegen setzt auf ein Souveränität-schonenderes Vorgehen. Damit bleibt jedoch ihr Einfluss auf andere Staaten und deren gemeinsame Entscheidungen in der EU sehr gering, denn die Weiterentwicklung des EU-Rechts bleibt ausschliesslich den EU-Mitgliedsstaaten vorbehalten. Drittstaaten wie die Schweiz können selbst im Rahmen von Assoziationsabkommen wie dem EWR (dem die Schweiz ferngeblieben ist) oder bilateralen Verträgen das EU-Recht letztlich nicht mitgestalten, sondern nur (mehr oder weniger freiwillig) übernehmen. Bei zunehmender Zahl der EU-Mitgliedsstaaten, die auch eine grössere Heterogenität der Interessen mit sich gebracht hat, ist die Lösung grenzüberschreitender Probleme zwischen der Schweiz und EU Ländern deutlich zeitraubender, komplizierter und bisweilen praktisch unmöglich geworden.

Die Verschuldungs- und Wirtschaftskrise im EU-Raum seit 2008 hat diese Probleme noch weiter verstärkt. Die Vorstellung, die Schweiz könne in den für sie wichtigen Politikbereichen Einfluss auf die Rechtsentwicklung in der EU nehmen bevor sie dieses Recht dann übernehme hat sich wohl endgültig als Illusion erwiesen. Der bilaterale Verhandlungsprozess der Schweiz mit der EU ist seit dem zweiten Paket bilateraler Verträge (2004) praktisch zum Stillstand gekommen, da die EU Mitglieder und die Kommission beste-

hende und auch weitere bilaterale Abkommen institutionell bündeln und an die künftige Rechtsentwicklung in der EU ankoppeln möchten. Die Schweizer Regierung hingegen möchte wie bisher einzelne Verträge oder Vertragspakete ohne automatische Anpassung an die weitere Entwicklung des EU Rechts schnüren. Auch in den bilateralen Beziehungen mit wirtschaftlich wichtigen Partnerländern sind in jüngerer Zeit akute Probleme aufgetreten, die trotz grosser Konzessionen der Schweiz noch nicht behoben sind. Dazu gehören vor allem Streitigkeiten um die Versteuerung ausländischer Kapitalanlagen in der Schweiz und die Regelung der Anflugrechte auf den Zürcher Flughafen.

Grundsätzlich stellt sich damit die Frage, ob die Fokussierung gegenwärtiger Kontroversen um Souveränität, Neutralität, Föderalismus und Direkte Demokratie (und damit, scheinbar, die Identität der Schweiz schlechthin) auf die Europäische Union der Position der Schweiz im globalen Kontext gerecht wird (vgl. dazu Linder 2012). Die Neutralität ist durch das Ende des Kalten Krieges und die seither sich dynamisch entwickelnden regionalen und globalen Systeme der kollektiven Sicherheit in der Realität (jedoch nicht in den Köpfen der Schweizer BürgerInnen) weitgehend obsolet geworden, unabhängig von einem Beitritt oder Nicht-Beitritt der Schweiz zur EU.

Der «autonome Nachvollzug» von EU-Recht bietet zwar die Perspektive der Bewahrung formeller Souveränität, jedoch kaum materieller Souveränität. Die zunehmende Verflechtung der Weltmärkte und der damit verbundene Wettbewerbsdruck schreiten auch ausserhalb der EU rasant voran. Während die EU-Staaten, die als Einheit den weltweit grössten Wirtschaftsraum bilden, in den globalen Institutionen, die diesen Öffnungsprozess steuern, grosses Gewicht besitzen, ist die Schweiz gezwungen, sich an «die Rockzipfel» der Grossmächte, und vor allem der EU, zu hängen, wenn sie ihre Interessen wahren will. Ob das Abseitsstehen von der EU tatsächlich Souveränitätsschonender ist, lässt sich somit durchaus hinterfragen.

Gleichermassen lässt sich behaupten, dass durch die Globalisierung insgesamt, und nicht primär durch die EU, Entscheidungsprozesse nach oben, aus dem Nationalstaat hinaus, verlagert werden und auch im Inneren der Schweiz die nationale Exekutive zulasten von Parlament, Verbänden sowie kantonalen und kommunalen Institutionen an Entscheidungsmacht gewinnt. Diese Verlagerung führt zweifellos zu Spannungen zwischen föderalistischen und direkt-demokratischen Entscheidungsstrukturen auf der einen und internationalen bzw. supranationalen Entscheidungsstrukturen auf der anderen Seite.

Gelänge es, die öffentliche Debatte vermehrt auf die Frage zu richten, wie die Schweiz möglichst sozial- und umweltverträglich, wohlförderungsfördernd

und Souveränitäts-schonend zugleich mit den unabhängig von der EU vorkommenden weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Veränderungen umgehen kann, könnte ein EU-Beitritt möglicherweise in einem ganz anderen Licht erscheinen als er es in der gegenwärtig dominierenden Analyse der kurzfristigen Vor- und Nachteile eines Beitritts tut.

## Literaturverzeichnis

- BERNAUER, Thomas (2000). *Staaten im Weltmarkt*. Opladen: Leske und Budrich.
- BERNAUER, Thomas, Vally KOUBI, Fabio ERNST (2009). *Does Neutrality Make a Difference? Explaining Patterns of Swiss Defense Spending in 1975-2001*. *Defence and Peace Economics* 20/5: 413-422.
- BUNDESAMT FÜR STATISTIK (2011). *Statistisches Lexikon der Schweiz*. Bern: Bundesamt für Statistik.
- CEMERIN, Michael und Dieter RULOFF (2005). *Sicherheit, Selbstbehauptung und Kooperationsbereitschaft: Paradoxien Schweizer Welt- und Selbstsicht*. UNIVOX Aussenpolitik Vertiefungsbericht 2004. Zürich: IPZ und GfS Zürich.
- CENTER OF SYSTEMIC PEACE (2012). *Polity IV Annual Time-Series 1800-2011*, <http://www.systemicpeace.org/inscr/inscr.htm>.
- DEZA (2012). *Die internationale Zusammenarbeit der Schweiz auf einen Blick*. <http://www.deza.ch>.
- DIEKMANN, Andreas und Reto MEYER (2007). *Klimawandel, ökologische Risiken und Umweltbewusstsein in der Schweizerischen Bevölkerung*. ETH-Studie Schweizer Umweltsurvey 2007.
- DREHER, Axel, Noel GASTON and Pim MARTENS (2008), *Measuring Globalisation – Gauging its Consequences*. New York: Springer.
- EDA (2012). *Aussenpolitische Strategie 2012–2015. Bericht des Bundesrats über die aussenpolitischen Schwerpunkte der Legislatur*. Bern: EDA.
- EMERSON, J.W., A. HSU, M.A. LEVY, A. de SHERBININ, V. MARA, D.C. ESTY, and M. JAITEH (2012). *2012 Environmental Performance Index and Pilot Trend Environmental Performance Index*. New Haven: Yale Center for Environmental Law and Policy.
- EUROSTAT (2012). *Employment and unemployment (LFS)*. [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/employment\\_unemployment\\_lfs/introduction](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/employment_unemployment_lfs/introduction).
- GABRIEL, Jürg M (1997). *Sackgasse Neutralität*. Zürich: Verlag Vdf.
- GOETSCHEL, Laurent, Magdalena BERNATH UND Daniel SCHWARZ (2005). *Swiss foreign policy: Foundations and possibilities*. London / New York: Routledge.
- HARTLEY, Keith und Todd SANDLER (Hrsg., 1995). *The Economics of Defense*. Cambridge: Cambridge University Press.
- HIRSCHI, Christian, Uwe SERDÜLT und Thomas WIDMER (1999). *Schweizerische Aussenpolitik im Wandel: Internationalisierung, Globalisierung und Multilateralisierung*, in: *Swiss Political Science Review* 5(1): 31-56.
- IMD (2012). *World Competitiveness Yearbook 2012*. Lausanne: IMD.
- ISSP (2003). *ISSP 2000: Environment*. Mannheim: Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung.
- KLÖTI, Ulrich, Christian HIRSCHI, Uwe SERDÜLT und Thomas WIDMER (2005). *Verkannte Aussenpolitik: Entscheidungsprozesse in der Schweiz*. Zürich/Chur: Rüegger.
- KOF (2012). *KOF Index of Globalization*. <http://globalization.kof.ethz.ch/>.
- LINDER, Wolf (2012). *Schweizerische Demokratie: Institutionen, Prozesse, Perspektiven*. Bern: Haupt.
- MILLER, Terry, Kim R. HOLMES, , Edwin J. FEULNER (2012). *2012 Index of Economic Freedom*. Washington DC: The Heritage Foundation.

- SCIARINI, Pascal, Sarah NICOLET und Alex FISCHER (2002). *The Impact of Internationalization on the Swiss Decision-Making Process: A Quantitative Analysis of Legislative Acts, 1995-1999*, in: *Swiss Political Science Review* 8(3-4): 1-34.
- SCHAUB (2012). *UNIVOX-Studie 2011. Nach Fukushima: Skeptischere Umweltsicht der Schweizer*. UMWELTPRAXIS Nr. 68 / April 2012.
- SCHWEIZERISCHE NATIONALBANK (2011). *Direktinvestitionen 2010*. Zürich.
- SCHWEIZERISCHE NATIONALBANK (2012). *Zahlungsbilanz der Schweiz 2011*. Zürich.
- SIPRI (2011). SIPRI military expenditure database. <http://www.sipri.org/>.
- SPILLMANN, Kurt, Andreas WENGER, Christoph BREITENMOSER (2001). *Schweizer Sicherheitspolitik seit 1945*. Zürich: NZZ Verlag.
- STAATSSSEKRETARIAT FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG SBF (2012). *Bildung, Forschung, Innovation (BFI): Facts & Figures*. [http://www.sbf.admin.ch/htm/dokumentation/factsheets\\_de.html](http://www.sbf.admin.ch/htm/dokumentation/factsheets_de.html).
- TRESCH Tibor Szvircsev, Andreas WENGER, Silvia WÜRMLI, Julie CRAVIOLINI, Esther VOGLER-BISIG (2012). *Sicherheit 2012. Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend*. ETH Zürich.
- UNDP (2011). *Human Development Report 2011. Sustainability and Equity. A Better Future for all*. New York: UNDP.
- VÖGELI, C.(2007). *Vom Inhalt zur Struktur? Eine komparative Analyse schweizerischer innen- und aussenpolitischer Entscheidungsprozesse*. Zürich: Dissertation Universität Zürich.
- WELTBANK (2012a). *World Development Indicators 2012*, Washington D.C.: World Bank.
- WELTBANK (2012b). *Doing Business 2013. Smarter Regulation for Small and Medium-Size Enterprises*. Washington D.C.: World Bank.
- WIDMER, Paul (2003). *Schweizer Aussenpolitik und Diplomatie von Pictet de Rochemont bis Edouard Brunner*. Zürich : Ammann.
- WIDMER, Thomas (2008). *Evaluation in der Außenpolitik: Gründe für eine Evaluationslücke*, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 15(1): 125-138.